

**Eva-Maria u.
Hans Dietrich**

E. u. H. Dietrich · Julius-Leber-Straße 2 · 33332 Gütersloh

Einschreiben

Deutscher Bundestag

Sigmar Gabriel, MdB

z.H. Sören Heinze

Platz der Republik 1

Julius-Leber-Str. 2

33332 Gütersloh

Tel.: 05241/55803

Fax: 05241/9975313

E-Mail:

hd.base@gmx.net

Internet:

www.hansdietrich.de

11011 Berlin

08.11.2009

Offener Brief !

Sehr geehrter Herr Gabriel,

am kommenden Wochenende wollen Sie sich der Wahl zum neuen SPD-Parteivor-sitzenden stellen. Auf Ihrer Homepage heißt es dazu, dass Sie „die SPD ... weiter zur Gesellschaft öffnen“ wollen, „auch um verloren gegangenes Vertrauen in der Bevöl-kerung zurück zu gewinnen.“ Gleichzeitig machte im Zuge der Aufarbeitung des SPD-Bundestagswahlergebnisses das Wort „Transparenz“ mehr als einmal die Runde.

Vor allem am Letzteren scheint es nach unseren Erfahrungen in Ihrer Partei zu man-geln. Denn die hartnäckige, gerade von SPD-Politikern praktizierte Verschleierung von Wirtschaftskriminalität, die unsere wirtschaftliche Existenzgrundlage vernichtet, die ist schon erstaunlich. In unserem Offenen Brief vom 30.06.2009 an Herrn Müntefering (Anl. 1) haben wir die Vorgänge aufgelistet. Bis heute wurde unsere Frage nach dem Grund nicht beantwortet.

Auch die Gütersloher Bürgermeisterin, Frau Unger, hüllt sich in Schweigen. Auf ihrer Homepage verspricht sie vollmundig: „Jeder und jede muss in unserer Stadt die Chance haben, die er für seine persönliche Entwicklung braucht und die ihm und ihr die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.“

Unsere Anfrage vom 24.07.2009 (siehe Offenen Brief, Anl. 2), wann wir mit dieser Chance rechnen können, blieb allerdings bisher ohne Antwort. Darüber hinaus wollte Frau Unger trotz Kenntnis der Sachlage auch am 17.08.2009 der damaligen SPD-Justizministerin, Frau Zypries, bei deren Besuch in Gütersloh keinen Brief von uns über-reichen. Uns war zuvor eine Übergabe von der SPD-Koordinatorin dieses Treffens, Frau Kornblum, verwehrt worden.

Und zu guter Letzt stellte die von der SPD majorisierte Zeitung „NW“ im Wissen um die Vorgänge, den mit in die wirtschaftskriminellen Machenschaften verwickelten Unter-nehmer, Herrn Dr. Markus Miele, mit „ehrbaren Kaufleuten“ gleich. Über den darauf-

hin erfolgten Offenen Brief an den Chefredakteur der „NW“, Herrn Seim (Anl. 3), haben wir Herrn Müntefering am 06.10.2009 informiert (Anl. 4). Auch hier gab es bisher keine Reaktion.

Inwieweit Herrn Müntefering die Schreiben überhaupt bekannt sind, das wissen wir nicht. Doch ob mit oder ohne Kenntnis, in beiden Fällen sollten sich dann die jeweils Verantwortlichen darüber im Klaren sein, dass das Schweigen über Missstände das Ende jeder Demokratie bedeutet. Die hier praktizierte Schweigestrategie hat mit dem SPD-Parteitagsmotto vom 14.06.2009 jedenfalls nichts gemein. Sie ist weder „sozial“ noch „demokratisch“.

Sehr geehrter Herr Gabriel, vielleicht können Sie uns erklären oder zur Klärung beitragen, warum in erster Linie SPD-Mitglieder versuchen, die offensichtlichen, wirtschaftskriminellen Machenschaften zu unserem Nachteil und zu Gunsten der Firma Miele zu verschleiern? Warum wird von der Kriminalpolizei festgestellter Parteiverrat ebenso vertuscht wie Rechtsbeugung und gezielt falsche Ermittlungen? Liegt der Grund, wie bereits im Offenen Brief an die Gütersloher Bürgermeisterin, Frau Unger, erwähnt, in der Tatsache begründet, dass das ehemalige Miele-Betriebsrats- und SPD-Stadtratsmitglied, Herr Schrader, zusammen mit den ehemaligen Geschäftsführenden Miele-Gesellschaftern als Erfinder des beigefügten Patentes (Anl. 5) genannt wird? Wobei Letzteres auf wackeligem Boden steht und möglicherweise noch eine Verbindung zu der uns überschriebenen Anmeldung nutzt. Profitiert eventuell auch die SPD indirekt von dieser Konstellation?

Warum setzen hier gerade SPD-Mitglieder wissentlich und gezielt, wie aus den Unterlagen hervorgeht, bestehende, rechtsstaatliche Grundsätze außer Kraft, stellen damit den Rechtsstaat in Frage und unterlaufen somit unser Grundgesetz, dessen 60-jähriges Bestehen andererseits groß gefeiert wird? Empfinden Sie das nicht als Widerspruch und schädlich für unser Staatswesen?

Wir denken, dass die Mehrheit der SPD-Mitglieder bei Kenntnis dieses Sachverhaltes derartige Machenschaften ablehnt.

Für **Ihre** Beantwortung unserer Fragen bedanken wir uns im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Eva- Maria Dietrich

Hans Dietrich

5 Anlagen, wie im Text angegeben

P.S.: Den Brief veröffentlichen wir auf unserer Homepage www.hansdietrich.de unter „aktuelles“ und machen – soweit möglich – bundesweit darauf aufmerksam.